

08.10.2013

Antrag

der Fraktion der CDU

Für Wachstum und Wohlstand – Landesregierung muss Industriestandort stärken statt ihn durch Bürokratie und Abgabenlast zu schwächen!

Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Nachbarländern ist Deutschland verhältnismäßig gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Ursache hierfür ist u.a. der immer noch hohe Anteil von Industrie und Gewerbe an der Bruttowertschöpfung. Nach wie vor ist Deutschland mit einem Anteil von rund 7 Prozent an der globalen Industrieproduktion der viertgrößte Industriestandort der Welt – hinter China, den USA und Japan.

Ging der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung in Westeuropa zwischen 1995 und 2011 von 20 auf 15 Prozent zurück, ist er in Deutschland sogar um 0,6 Prozentpunkte auf rund 23 Prozent gewachsen.

Industrie und Gewerbe sind der Wachstumsmotor Deutschlands. Während die Produktivität in der Industrie seit dem Jahr 2000 um 34 Prozent zugenommen hat, stieg sie in der gesamten Wirtschaft nur um knapp 16 Prozent.

Industrielle Herzkammer Deutschlands ist nach wie vor Nordrhein-Westfalen. Industrie in NRW, das sind rund 17.000 Unternehmen mit ca. 1,42 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Jeder vierte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen ist in der Industrie beschäftigt. Knapp jeder vierte Industriearbeitsplatz in Deutschland findet sich in NRW.

Nordrhein-Westfalen ist daher wie kein anderes Bundesland von Krisen bei Industrieunternehmen betroffen. In den letzten Wochen haben allein RWE, Bayer, Eon, Lanxess, Evonik, Thyssen-Krupp, Vodafone, Opel, Siemens, Voestalpine und Outokumpu den Abbau von 30.000 Stellen angekündigt, viele davon in NRW.

Ziel nordrhein-westfälischer Landespolitik muss es daher sein, den Industriestandort NRW zu stärken statt ihn durch Bürokratie und Abgabenlast zu schwächen.

Datum des Originals: 08.10.2013/Ausgegeben: 08.10.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Arbeit stärker auf die Bedürfnisse von Industrie und Gewerbe auszurichten:

- Gesetzesvorhaben müssen auf Ihre Konsequenzen für den Industriestandort geprüft und an den Anforderungen eines modernen Industriestandortes ausgerichtet werden.
- Gesetzliche Vorgaben, die den Industriestandort Schwächen, müssen identifiziert und außer Kraft gesetzt werden.
- Planungsrechtliche Vorgaben dürfen industrielle und gewerblicher Produktion nicht unnötig einschränken.
- Die Förderpolitik des Landes muss stärker die industrielle und gewerbliche Produktion in den Fokus nehmen.
- Das Engagement zur Einwerbung ausländischer Direktinvestitionen muss verstärkt werden, statt durch unnötige Politisierung der Außenwirtschaftsförderung funktionierende Strukturen zu zerschlagen.
- Der Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss gestärkt werden.
- Die Rahmenbedingungen müssen durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur sowie den Erhalt einer kostengünstigen und sicheren Energieversorgung verbessert werden.

Karl-Josef Laumann
Lutz Lienenkämper
Hendrik Wüst

und Fraktion